

Viagogo: Streit mit Klubs spitzt sich zu

FUSSBALL Tickethändler Viagogo versucht, mit dem Wiederverkauf von Fussballtickets Profit zu erzielen. Verere und Konsumentenschützer reagieren ungehalten und leiten Gegenmassnahmen ein.

VASILJE MUSTUR
vasilije.mustur@luzernerzeitung.ch

FC Basel gegen FC Luzern. Diese Partie hat es meistens in sich. Am 7. Mai wird im Basler St.-Jakobs-Park erneut dieses Schlagerspiel ausgetragen. Fans können auf der Internetseite des Heimteams Stehplatzkarten ab einem Preis von 25 Franken erwerben. Auch die Online-Ticketbörse Viagogo bietet Fussballtickets für diese Partie an – allerdings zu deutlich überhöhten Preisen. Die 1996 gegründete grösste Ticketbörse der Welt veranschlagt für dieselben Karten 50 Franken. Hinzu kommen die Buchungs- und Liefergebühren von 23.30 Franken. Unter dem Strich ergibt sich ein Preisaufschlag im Vergleich zur Offerte des FC Basel von nahezu 150 Prozent.

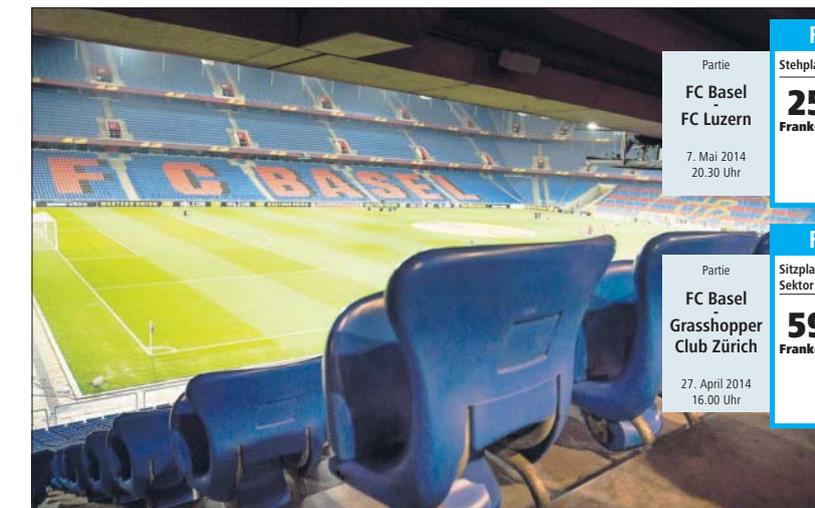
FC Luzern geht zu Viagogo auf Distanz

Die Verantwortlichen des FC Luzern reagieren auf diese Faktenlage über- rascht und gehen zum Online-Händler auf Distanz: «Wir hatten noch nie Kontakt zu dieser Firma und wurden auch noch nie auf eine solche von ihnen geschilderte Praxis aufmerksam gemacht», sagt FCL-Kommunikationsschef René Baumann. Einschreiten könne der Club als Auswärtsmannschaft nicht, dennoch rät er den Supportern davon ab, Karten über diesen Kanal zu kaufen.

FC Basel lehnt Kooperation ab

Dem FC Basel ist Viagogo hingegen hinlänglich bekannt. «Der FCB wurde in der Vergangenheit mehrfach von solchen Anbietern kontaktiert, hat sich aber bis heute immer dafür entschieden, keine solchen Kooperationen einzugehen», sagt Pressesprecherin Andrea Roth.

In Deutschland sind einige Bundesliga-Clubs mit Viagogo Kooperationen eingegangen. Diese sehen vor, dass die Online-Börse Tausende an Eintrittskarten, welche die Vereine zur Verfügung stellen, zu höheren Preisen weiterverkaufen dürfen. Im Gegenzug können die Bundesliga-Clubs an den Verkaufs-



Blick in den Basler St.-Jakob-Park vor dem Europa-League-Match am 3. April gegen den FC Valencia.
Keystone/Jean-Christophe Bött

gewinnen partizipieren. Der Unmut über die Viagogo-Geschäftspraktiken ist aber mittlerweile so gross, dass beispielsweise Schalke, Leverkusen oder Borussia Mönchengladbach rechtlich gegen den Online-Händler vorgegangen sind oder dies zumindest angekündigt haben.

«Wir behalten uns vor, Zuschauer mit Viagogo-Tickets von der Veranstaltung auszuschliessen.»

ALBERT STAUDENMANN,
PRESSECHIEF DER BERNER
YOUNG BOYS

Obwohl zwischen dem FC Basel und Viagogo keine solche Vereinbarung besteht, können potenzielle Käufer auf Viagogo nach wenigen Mauseklicks für die wegweisende Partie im Kampf um den Schweizer-Meister-Titel gegen die Zürcher Grasshoppers am 27. April bis zu 30 Tickets kaufen – darunter für den

Zuschauerneutralen Sektor C. Der FC Basel verlangt dafür maximal 59 Franken, bei Viagogo kosten sie 80 Franken. Addiert mit den erhobenen Buchungs- und Liefergebühren sind die Eintrittskarten beim Online-Händler über 70 Prozent teurer als im offiziellen Vertriebskanal. Für den FC Basel ein un- haltbarer Zustand. «Wir sind laufend dabei, nicht nur solche überhöhten Angebote bei Viagogo, sondern auch bei anderen Internetplattformen zu überprüfen, um im Bedarfsfall entsprechen- de Massnahmen einleiten zu können», sagt Roth.

YB prüft Gegenmassnahmen

Rüchtigend verärgert in dieser Sache sind die Berner Young Boys. Der Tabellendritte der Xpo Super League setzt sich zur Wehr: Für das Heimspiel am 11. Mai gegen den FC Basel bietet Viagogo Tickets in Höhe von 115.80 Franken an. Darin enthalten sind Gebüh- ren von 28.50 Franken. YB selbst bietet dieselben Karten für maximal 70 Franken auf seiner Internetseite an. Diesen massiven Preisunterschied will YB nicht hinnehmen. «Wir werden des- halb die Entwicklung intensiv beobach- ten und behalten uns im Extremfall das

Recht vor, Zuschauer mit Viagogo-Tickets von der Veranstaltung auszuschliessen, sofern ein Missbrauch vorliegt», sagt YB-Pressechef Albert Staudenmann.

Käufer und Verkäufer unbekannt

Wie es möglich ist, dass die Online-Ticketbörse mit überhöhten Eintritts- karten bei nicht ausverkauften Schweizer Fussballstadien Gewinne erzielen kann, bleibt derweil im Dunkeln. «Wir gehen davon aus, dass es sich bei der erwähnten Partie um Schwarzhändler handelt, die glauben, die Partie zwischen YB und dem FC Basel würde sich angesichts der Tabellsituation zur Finalissima entwickeln, und daher hofften, mit dem Kauf und Wiederverkauf eine überdurchschnittliche Rendite er- zielen zu können», sagt YB-Pressespre- cher Staudenmann dazu.

Viagogo wollte sich trotz mehrfacher telefonischer und schriftlicher Anfrage zu seinem Geschäftsmodell nicht äussern, weshalb das Internetportal die umstrittene Preispolitik verfolgt. Es wurde lediglich ein Faktenpapier mit den Viagogo-Grundregeln zugestellt. Darin beteuert das Unternehmen, nicht selbst Tickets bei den Vereinen zu kaufen und

weiterzuverkaufen. Überdies betont Viagogo, dass die Kartenpreise von den einzelnen Verkäufern festgelegt würden. Wer die Käufer und Verkäufer der Ein- trittskarten sind, konnte die Redaktion nicht in Erfahrung bringen. Die bis zu 30 Prozent hohen Gebühren pro Ticket rechtfertigt die Genfer Firma damit, auf diese Weise «die Garantieverprechen einzuhalten, um unsere sichere Online-Ticketplattform zu betreiben». Diese Auf- gabe beinhalte, sich um die Abwicklung der vereinbarten Transaktion zwischen Käufer und Verkäufer zu kümmern.

Kritik vom Konsumentenschutz

Der Konsumentenschutz kann diese Argumentation nicht nachvollziehen. Viagogo sei keine offizielle Verkaufsplat- form, sondern verdiene sein Geld viel- mehr mit dem Wiederverkauf von Tik- cketn im Graubereich. «Wir bezeichnen die Aktivitäten als Graumarkt, da die Wiederverkäufer die Tickets zu massiv überbeurteilten Preisen weiterverkaufen», sagt Janine Jakob, Leiterin Recht des Konsumentenschutzes. Viagogo handle laut Jakob aber rechtlich korrekt.

Das sieht der Preisüberwacher auch so. «Ich kann von Gesetzes wegen nur aktiv werden, wenn eine Preisbildung einer marktächtigen Unternehmung vorliegt und wenn kein Wettbewerb herrscht», sagt Preisüberwacher Stefan Meierhans auf Anfrage. Da die Konsum- enten bei der Beschaffung von Sport- und Konzerttickets einen funktionieren- den Wettbewerb vorfinden, sei diese Voraussetzung aber in diesem Fall nicht gegeben.

Wie Potentaten und ihre Clans Kohle machen

Morgen ist Palmsonntag, der letzte Sonntag der Fastenzeit. In diesen Wochen gibt es Fastenpredigten, in denen man sich kritisch mit einem Thema auseinandersetzt. Eine Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie unerklärlich sanft, um nicht zu sagen verlogen, Einzelne mit korrupten Potentaten und deren Entourage umgehen, welche die Kassen und Ressourcen ihrer Länder plündern. «Wenn diese Länder so reich an Ressourcen sein sollen, warum sind ihre Einwohner so arm?», fragte wohl rhetorisch Staatssekretär Yves Rossier letzte Woche die Rohstoffhändler.



gründete er 2011 die Mako Trading SA, die mit Kohle handelt und ein Aktienkapital von 9,2 Millionen Franken aufweist. Auf eigene Initiative hat die Genfer Justiz ein Geldwäschereiverfahren gegen den früheren Präsidenten Janukowitsch und dessen Sohn Alexander eröffnet. In der Genfer Rohwarenfirma Mako Trading wurden Dokumente beschlagnahmt.

Die Schweiz hat am 26. Februar 2014 als erstes Land mutmassliche Gelder des Janukowitsch-Clans eingefroren. Kontensperrungen sind Sanktionsmittel der westlichen Welt gegen missliebige Personen.

Mako Trading ist ein Rohstoffhändler in Genf, welcher vor allem Kohle aus der Ukraine handelt. Das Unternehmen gehört dem Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten, der effektive wirtschaftliche Berechtigungen ist mutmasslich Janukowitsch selber. Beide sind sogenannte PEP, damit ist die Firma auch eine PEP, das heisst politisch exponiert. Es ist erklärungsbedürftig, wie Banken in Genf dieses Unternehmen als Kunden

akzeptieren und es allenfalls noch finanzieren konnten. Jedenfalls würde ich gerne wissen, welche Abklärungen die betreffenden Banken vorgenommen haben.

Dass also Mako Trading offenbar das Handelsspielzeug des Janukowitsch-Clans ist, ist das eine. Das andere, was interessiert, ist, woher Mako die Kohle überhaupt bezieht. Falls nämlich das Unternehmen nur Kohle von Unternehmen aus dem Kreise der Janukowitsch-Entourage kauft, eröffnete sich ein weiteres Bereicherungsfeld: Mit dieser Handelsfirma bereicherte er sich

AUSSICHTEN

allenfalls nicht nur selber (via Mako Trading), sondern auch seine Freunde via die Gegenparteien. Ob die Preise bei derartigen Transaktionen dem Marktpreis entsprechen, wäre ein paar Überlegungen wert. Möglicherweise spielen die Marktmechanismen nicht, damit Gewinn und Marge dort entstehen, wo der Clan sie gerne haben wollte.

Janukowitsch als legitimer Kohlehändler? Ist es ihm verboten, Kohle zu

handeln? Die Konzentration auf diese Frage wäre für eine Bank ein grober Denkfehler: Da es vollkommen klar ist, dass diese Firma als einer politisch exponierten Person gehörend zuzuordnen ist, gelten für Banken, die mit ihr geschäften, erhöhte Sorgfaltspflichten. Und die erste würde schon darin bestehen zu fragen, ob hier Macht missbraucht wurde und namentlich Gelder aus Korruption und dem Missbrauch öffentlicher Kassen stammen. Die Antwort auf diese zentrale Frage hängt definitiv nicht ab von der Macht- situation. Die Ukraine war 2013 im Transparency International Corruption Index auf Rang 144, also sehr korrupt.

Woher der Sohn des Präsidenten innert kurzer Zeit ein Millionenvermögen hat? Erinnert das nicht irgend- wie an die Söhne von Abacha, dem korrupten nigerianischen Potentaten? Die Geschichten um Abacha waren ein Reputations-GAU für den Finanzplatz Schweiz. Und die Söhne von Mubarak? Auch so hochbegabte, erfolgreiche Unternehmer, die innert kürzester Zeit Hunderte von Millionen ergatterten – sozusagen little Bill Gates reloaded? Wie ist das hier genau mit dem Plausibilisieren von Angaben über den wirtschaftlichen Hintergrund von Geldern?

Es verhält sich eben nicht so, dass die Antwort auf die Frage, ob und wie Banken mit Potentaten sich abgeben,

eine politische ist. Ob die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen funktionieren, ist vollkommen irrelevant: Rechtlich sind die Pflichten der Banken eindeutig. Wenn der Bundesrat sperrt, so ist heute wie bereits beim

«Die Banken müssen genau hinsehen und dokumentieren, was sie gesehen haben.»

Arabischen Frühling beunruhigend, wie viel Geld von solchen Clans noch immer bei Banken liegt, obwohl ein korrektes Vorgehen in Konstellationen wie dieser zur Ablehnung der Geschäftsbeziehungen hätte führen müssen.

Da gibt es gar keine Ausreden. Die Banken müssen genau hinsehen und dokumentieren, was sie gesehen haben. Wer vorsätzlich oder fahrlässig nicht überprüft, woher eine PEP ihr Geld hat, setzt sich der Gefahr aus, wegen Geldwäscherei strafbar zu werden.

MONIKA ROTH

HINWEIS

Monika Roth (62) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.